

Motion Tabea Rai (AL)/Eva Gammenthaler (AL)/Mohamed Abdirahim (JUSO), Zora Schneider (PdA)/Rafael Egloff (JUSO): Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend

In der Folge der Black Lives Matter Bewegung und der kritischen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit (und Gegenwart) der Schweiz, wird im Moment lautstark die Entfernung von verschiedenen Denkmälern aus den Stadtzentren gefordert, mit denen rassistische und koloniale Ausbeutung in Verbindung gebracht werden.

Die AL Bern schlägt deshalb vor, dass auf der Grossen Allmend ein Abstellplatz für alle Denkmäler aus der Schweiz entsteht, die aus politischen und/oder stadtplanerischen Gründen auf ihren angestammten Standplätzen entfernt werden.

Mit einem Denkmalpark auf der Grossen Allmend könnte die Stadt Bern den betroffenen Standortgemeinden entgegenkommen, die ihre Denkmäler entsorgen wollen. Die Stadt Bern und die Schweiz würde in mehrfacher Hinsicht von einem solchen Denkmalpark profitieren, wenn Alfred Escher, David de Pury, Jonas Furrer oder Adrian von Bubenberg sich auf der Grossen Allmend Gute Nacht sagen. Auch nicht mehr gewünschte Gedenktafeln könnten dort angebracht werden, zum Beispiel diejenige für Fritz Sarasin, Gründer des Nationalparks, der als Völkerkundler von der Überlegenheit der «weissen Rasse» überzeugt war, oder diejenige für Johann August Sutter in Rüfenberg BL, der am Genozid an der indigenen Bevölkerung in Nordamerika beteiligt war.

Mit entsprechenden Infotafeln und Ausstellungen neben den Denkmälern könnten die verschiedenen Relikte historisch eingeordnet und kritische hinterfragt werden. Auch kunsthistorisch betrachtet, wäre es interessant und pädagogisch wertvoll, verschiedene Denkmäler aus unterschiedlichen Zeitepochen nebeneinander aufzureihen.

Nicht zuletzt würde die Stadt Bern mit einem «Ballenberg der Denkmäler» auf der Grossen Allmend eine weitere touristische Attraktion erhalten und Besucher*innen aus der ganzen Schweiz und dem Ausland anziehen. Auch als Ausflugsziel von Schulklassen aus dem ganzen Land würde die Stadt Bern zusätzliche Bekanntheit erlangen und touristisch profitieren.

Die Motionär*innen fordert den Gemeinderat auf sich mit anderen Schweizer Städten, dem Kanton und dem Bund auszutauschen und Grundlagen für ein solches Freilichtmuseum auf der Allmend zu schaffen.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von David Böhner

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser*innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber*innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 25. Juni 2020

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Eva Gammenthaler, Mohamed Abdirahim, Zora Schneider, Rafael Egloff

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Durch die Black-Lives-Matter-Bewegung ist auch in der Schweiz die Diskussion über Statuen aus der Kolonialzeit neu entbrannt. Die Motion schlägt vor, auf der Grossen Allmend einen Abstellplatz für alle Denkmäler aus der Schweiz einzurichten, «die aus politischen und/oder stadtplanerischen Gründen auf ihren angestammten Standplätzen entfernt werden». Auch «nicht mehr gewünschte Gedenktafeln» könnten hier untergebracht werden. Damit geht die Motion über die Frage des Umgangs mit politisch fragwürdigen Denkmälern hinaus. Wenn sie verkehrstechnischen Anliegen im Wege stehen, sollen auch im Sinne der aktuellen Diskussion unverdächtige Denkmäler entfernt werden können. Die Motion nennt verschiedene aktuell umstrittene Beispiele, die zitierten Formulierungen nehmen dabei aber Entscheide vorweg, die durch demokratisch legitimierte Organe erst noch zu treffen sind.

In den Fokus der Antirassismus-Proteste gerieten am prominentesten die Statuen von Eisenbahnpionier Alfred Escher am Zürcher Hauptbahnhof oder von Bankier David de Pury in Neuenburg: Eschers Familie besass in Kuba eine von Sklaven bewirtschaftete Kaffeeplantage, de Pury erwarb einen Teil seines Vermögens durch Diamanten-, Finanz- und Sklavenhandel am portugiesischen Hof. Als Berner Beispiel ist Adrian von Bubenberg aufgeführt, dessen Standbild dem Umbau des Bahnhofs Bern weichen soll. Nicht erwähnt in der Motion ist Albrecht von Haller, dessen Gedicht «Die Alpen» auf www.bern-kolonial.ch kritisch diskutiert wird.

Ein Denkmalpark auf der Berner Allmend würde, so die Motionär*innen, «mit entsprechenden Info-tafeln und Ausstellungen» für eine kritische Aufarbeitung der Schweizer Kolonialgeschichte sorgen und ausserdem Touristen und Schulklassen anziehen, was allerdings nur für jene Denkmäler gelten würde, die im Sinne der aktuellen Diskussion als problematisch gelten. Es stellt sich die Frage, wie jene Denkmäler kontextualisiert würden, die beispielsweise Verkehrsprojekten weichen müssten. Sie fordern den Gemeinderat auf, sich mit anderen Schweizer Städten, dem Kanton und dem Bund auszutauschen und Grundlagen für ein solches Freilichtmuseum auf der Allmend zu schaffen.

Anhand der Denkmäler wird aktuell eine wichtige Debatte geführt. Auf Anhieb hat die Vision eines zentralen Freilichtmuseums etwas Bestechendes: statt problematisch gewordene Kunstwerke zu zerstören, würden sie an einem Ort konzentriert, zeitgemäss gedeutet und vermittelt. Auch die Tatsache, dass heroische Männer und meist weibliche allegorische Akte im öffentlichen Raum überrepräsentiert sind, könnte so korrigiert werden. Eine Aufarbeitung von Denkmälern kann zu einem differenzierteren Verständnis der historischen Beteiligung der Schweiz an kolonialen Profiten und diskriminierendem Gedankengut führen, die bis heute in die Gesellschaft nachwirken.

Der Vorschlag hat aber aus Sicht des Gemeinderats mehrere konzeptuelle Schwächen.

Die stadträumliche Einbettung ist ein integraler Bestandteil von Denkmälern und Voraussetzung für ihre historisch angemessene Kontextualisierung. Oft besitzen sie eine wichtige städtebauliche und/oder kunstgeschichtliche Bedeutung, oft stehen sie daher auch unter Schutz. Bei einer Abschiebung der Denkmäler auf eine periphere Freifläche wird dieser Kontext zerstört. Ihre kritische Einordnung gelingt zweifellos besser in ihrem historisch bedingten, oft prominenten Standort, als an der Stadt-

peripherie. Die spektakuläre Aktion eines Umzugs der Denkmäler auf die Allmend erzeugte kurzfristig zwar möglicherweise einen Lerneffekt. Längerfristig blieben sie dort jedoch der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen. Denkmäler sind Teil einer spezifischen lokalen Identität – ihre Entfernung könnte so gerade behindern, was die Motionär*innen anstreben: dass die betroffenen Gemeinden für ein problematisches Erbe Verantwortung übernehmen und sich damit nachhaltig auseinandersetzen.

Ohne weitere Reflexion setzt die Motion zudem nach heutigen Gesichtspunkten problematische Ehrungen gleich mit Denkmälern, die der Aufwertung eines Platzes oder einer neuen Verkehrsführung im Weg stehen. Das ist konzeptuell nicht stimmig. Das Angebot des Denkmalparks könnte die Entsorgung von Denkmälern erleichtern und so der gewünschten Aktivierung der Erinnerungskultur gerade entgegenwirken. Zudem erschwert eine solche Mischung sehr unterschiedlicher Entfernungsgründe und damit sehr unterschiedlicher historischer Zusammenhänge eine stringente Vermittlungsarbeit. Eine virtuelle Plattform wie www.bern-kolonial.ch, unlängst erstellt mit städtischer Unterstützung, kann die Vermittlung der Denkmäler viel flexibler in einen Gesamtzusammenhang einbinden und um weitere schlüssige Zeugnisse der Wirtschafts-, Politik- und Kulturgeschichte ergänzen.

Die Gründung einer neuen Organisation zur Verwaltung und Vermittlung der Denkmäler hätte zudem finanzielle Folgen:

- Personalaufwand für Verhandlungen mit Städten, Kanton, Bund;
- Gründungs- und Betriebskosten der zu gründenden Institution;
- Aufwand für die Überprüfung städtischer Denkmal-Standorte;
- unter Umständen sehr hohe Kosten bei Umplatzierungen (Abbau, Wiederaufbau);
- langfristiger Unterhalt zusätzlicher in Bern gesammelter Denkmäler von ausserhalb der Stadt;
- Folgekosten für Ersatzstandorte der zuvor bestehenden Nutzungen der Grossen Allmend;
- Entwertung bereits geleisteter Investitionen im Zusammenhang von www.bern-kolonial.ch.

Insgesamt greift die Motion eine international kursierende Idee auf. Sie ermutigt den Gemeinderat, die Denkmäler der Stadt auf ihre Aktualität in der heutigen Zeit zu überprüfen. Ein zentraler Park für alle Schweizer Denkmäler, die nach heutigen Gesichtspunkten problematisch sind oder verkehrs- und stadtplanerischen Projekten im Wege stehen, widerspricht der föderalistischen Organisation der Schweiz und dem Gedanken, dass jedes Gemeinwesen für seine Geschichte selber Verantwortung tragen muss.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 9. Dezember 2020

Der Gemeinderat